

Swisscom zu Rückstellung gezwungen

CH Bundesverwaltungsgericht spricht Busse von 186 Mio. Fr.

Am 6. Oktober hat das Bundesverwaltungsgericht einen Entscheid der Wettbewerbskommission (Weko) gegen Swisscom bestätigt. Der Vorwurf lautet, Swisscom habe bis Ende 2007 von seinem Konkurrenten im Bereich des Breitbandinternets kraft ihrer marktbeherrschenden Position missbräuchliche Preise verlangt. Die Untersuchung durch die Weko ist im Oktober 2005 gestartet worden, der erste Entscheid ist am 19. Oktober 2009 ergangen.

Konkret lautet der Vorwurf, Swisscom habe ihr landesweites Telefonnetz seinen Konkurrenten auf Grosshandelsstufe zu überhöhten Preisen zur Nutzung angeboten. Gleichzeitig sei Swisscom selbst auf dem Endkundenmarkt aktiv geworden und habe dort Preise offeriert, mit denen die anderen Anbieter nicht hätten konkurrieren können.

Das Bundesverwaltungsgericht hat diesen Befund der Weko bestätigt, die Busse für Swisscom allerdings von 219 auf 186 Mio. Fr. reduziert. Swisscom hat angekündigt, den Entscheid an das Bundesgericht als letzte Instanz weiterzuziehen. Dennoch hat das Unternehmen aufgrund des Entscheids des Bundesverwaltungsgerichts eine entsprechende Rückstellung vorgenommen. Dadurch wird der Ebitda für 2015 von erwarteten 4,2 auf gut 4 Mrd. Fr. sinken.

Swisscom setzt sich vor allem mit dem Argument zur Wehr, es habe schon im betrachteten Zeitraum für die Breitbanddienste Konkurrenz durch die Kabelnetze bestanden, niemand sei auf das Swisscom-Netz angewiesen gewesen. Die Weko und nun auch das Bundesverwaltungsgericht haben jedoch nur das Swisscom-Netz und die DSL-Technologie betrachtet.

Da wird ein Kernproblem der Wettbewerbspolitik deutlich: die Abgrenzung des relevanten Marktes. Je enger sie ausfällt, desto eher wird ein Unternehmen marktbeherrschend. Das Problem besteht darin, dass es keine gültigen Kriterien für diese Marktangaben gibt, ihnen haftet stets etwas Willkürliches an. Enge Marktangaben führen rasch zu staatlichen Interventionen, wie auch in diesem Fall. Darum ist es zu begrüssen, dass Swisscom den Fall weiterzieht und das Bundesgericht zum Problem Stellung nehmen muss. **PM**

Alle Finanzdaten zu Swisscom im Online-Aktienführer: www.fuw.ch/SCMN



Anzeige

Gesucht – gebucht
Gute Handwerker zu guten Preisen auf renovero.ch

RENOVERO.ch
Offerten einholen und vergleichen.

Ölmultis setzen sich fürs Klima ein

INTERNATIONAL Die bevorstehende Uno-Klimakonferenz in Paris löst Initiativen aus. Dahinter stehen handfeste Interessen.

MARTIN GOLLMER

Am besten packt man den Stier bei den Hörnern: Das ist die Devise, der sich zehn der global grössten Öl- und Gasunternehmen verschrieben haben. Auf den zunehmenden Druck von Öffentlichkeit, Anlegern und Umweltgruppen, etwas gegen den drohenden Klimawandel zu tun, reagieren sie, indem sie sich selbst in die Reihe derjenigen einordnen, die griffige Massnahmen zur Vermeidung des schädlichen Treibhausgases CO₂ fordern und beschliessen.

So werden sich nächste Woche die Chefs der privaten, kotierten Öl- und Gasmultis BG Group (Grossbritannien), BP (Grossbritannien), Eni (Italien), Repsol (Spanien), Royal Dutch Shell (Niederlande), Statoil (Norwegen) und Total (Frankreich) sowie der staatlichen, nicht kotierten Öl- und Gaskonzerne Pemex (Mexiko) und Saudi Aramco (Saudi-Arabien) in Paris treffen und sich verpflichten, in Zukunft «sichere Energie mit reduzierter Treibhausgasintensität» zu liefern.

CO₂ auffangen und lagern

Die Firmen planen, Massnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung anzukündigen, darunter eine Zusammenarbeit bei der Reduktion des routinemässigen Abfackelns von Gas bei der Ölförderung – ein Vorgehen, das bedeutende Mengen von CO₂ produziert. Die Konzerne beabsichtigen zudem, bei der Entwicklung von Systemen zum Auffangen und Lagern von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) zu kooperieren. «Wir erwägen eine Zusammenarbeit, zum Beispiel in Forschung und Entwicklung. CCS ist dabei ein Bereich, in dem wir uns ernsthaft engagieren müssen», sagte Patrick Pouyanné, CEO von Total, am Mittwoch an der Oil-and-Money-Konferenz in London.

CCS-Systeme können Kraftwerken angehängt werden, die mit fossilen Brennstoffen (Öl, Gas und Kohle) betrieben werden. Sie fangen das bei der Verbrennung dieser Brennstoffe entstehende CO₂ auf und lagern es nachher im Untergrund, etwa in leergepumpten Öl- und Gasdepots im Erdreich oder im Meeresboden. Anstrengungen, solche Systeme zu entwickeln, sind weltweit wiederholt an den hohen Kosten gescheitert.

Das Treffen der Öl- und Gaschefs findet im Vorfeld des Uno-Klimagipfels von Anfang Dezember im Paris statt. Dann wollen gegen zweihundert Staaten verbindliche Massnahmen gegen den Klimawandel beschliessen. Darunter befindet sich eine Reduktion des CO₂-Ausstosses, die helfen soll, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu beschränken. Obwohl sich Wirtschaftswachstum und Energienachfrage entkoppelt haben, steigen die CO₂-Emissionen unvermindert an (vgl. Grafik 1). Grösster Emittent von CO₂ ist dabei der Energiesektor, der für rund ein Drittel des Ausstosses verantwortlich ist (vgl. Grafik 2).

Der Öl- und Gasgipfel folgt auf einen Brief, den sechs Multis Ende Mai der Uno geschrieben haben. Dabei boten sie der Weltorganisation ihre Mithilfe bei der Entwicklung von CO₂-Preissystemen an. «Unsere Branche steht vor einer Heraus-

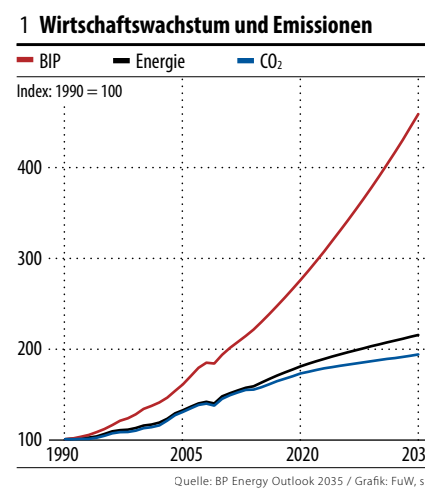
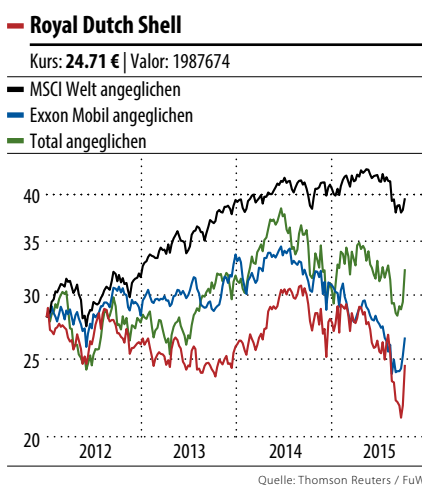


Die Ölmultis wollen das routinemässige Abfackeln von Gas reduzieren.

Kennzahlen von Öl- und Gasmultis

	Kurs am 9.10. in LW		Perf. seit 1.1. in %	Marktkap. in Mrd. \$	Umsatz in Mrd. \$			Gewinn/Verlust pro Aktie in \$			KGV	Div.-Rend. 2016 in %
	2014	2015 ^A			2014	2015 ^A	2016 ^A	2014	2015 ^A	2016 ^A		
Europa												
Royal Dutch Shell (€)	24.71	-10,7	179,0	421,1	269,6	302,7	2,38	2,10	2,11	13	6,9	
Total (€)	45.94	+8,0	125,7	212,0	155,4	161,6	1,87	3,90	3,82	13	5,3	
BP (£)	3.92	-4,6	110,4	353,6	224,4	244,4	0,20	0,13	0,40	15	6,8	
Eni (€)	15.59	+7,4	64,2	146,1	97,6	100,3	0,49	0,52	0,85	22	5,2	
BG Group (£)	10.96	+26,7	57,6	19,3	15,3	20,0	-0,31	0,64	0,65	25	1,9	
Statoil (n.Kr.)	143,00	+9,1	56,3	96,5	62,7	65,6	1,10	-0,61	1,02	16	5,1	
Repsol (€)	12.60	-19,0	20,0	n.v.	51,5	52,8	1,56	1,29	1,22	13	8,0	
USA												
Exxon Mobil (\$)	80.03	-13,4	333,7	364,8	260,8	282,4	7,60	3,86	4,21	19	3,8	
Chevron (\$)	89.91	-19,9	169,2	192,3	129,6	147,0	10,14	3,40	4,53	20	5,0	

LW=Landeswährung A=Schätzung Quelle: Bloomberg



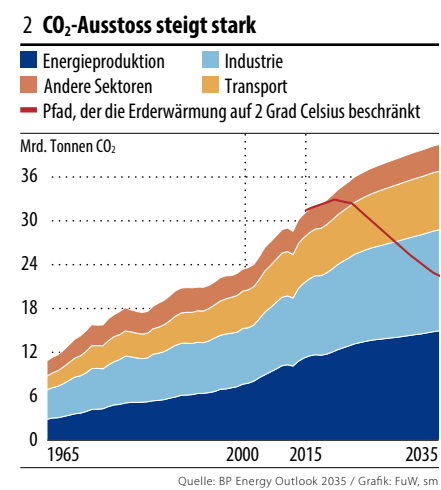
forderung: Wir müssen eine wachsende Energienachfrage befriedigen und dabei weniger CO₂ produzieren. Wir sind überzeugt, dass ein Preis auf CO₂ karbonintensive Optionen weniger attraktiv macht und hilft, Investitionen in karbonarme Technologien zu stimulieren», heisst es in dem Brief. Unterzeichnet ist er von den CEO von BG Group, BP, Eni, Shell, Statoil und Total.

Auffallend ist die Absenz der amerikanischen Öl- und Gasmultis sowohl bei diesem Brief als auch beim Cheftreffen von kommender Woche in Paris. Grund sind unterschiedliche Auffassungen zwischen Amerikanern und Europäern darüber, wie der Klimawandel bekämpft werden soll. Rex Tillerson, CEO des US-Konzerns Exxon Mobil, sagte an der Oil-and-Money-Konferenz, Innovationen, freie Märkte und Wettbewerb seien die besten Voraussetzungen, um die Treibhausgase zu reduzieren. Ben van Beurden, Chef der niederländischen Shell, erwiderte, Technologie allein reiche nicht, um den CO₂-Ausstoss zu verringern. Auch die Regierungen müssten mit Massnahmen einspringen.

Die Kohle verdrängen

Das Engagement der Öl- und Gasmultis zugunsten des Klimas ist allerdings nicht nur selbstlos, sondern auch von handfesten geschäftlichen Interessen getrieben. Mit der Forderung nach einem Preis für CO₂ versuchen sie vor allem die Kohle aus der Energieerzeugung zu vertreiben. Die Kohle ist der schmutzigste der fossilen Energieträger und produziert bei der Verbrennung rund zweimal so viel CO₂ wie Gas, das der sauberste fossile Brennstoff ist und das die Multis als Beitrag zur Lösung des Treibhausgasproblems sehen. Öl liegt bezogen auf den CO₂-Gehalt etwa in der Mitte zwischen Kohle und Gas.

Entscheide für Anlagen in Öl- und Gasmultis sollten nicht allein aufgrund deren Engagement für das globale Klima getroffen werden. Die Konzerne sind nach wie vor Öl- und Gasförderer und keine Umweltunternehmen. Unsere Favoriten unter den hier erwähnten Multis sind Shell und Total. Ihre Aktien sind günstig bewertet und versprechen eine attraktive Dividende (vgl. Tabelle), die auch bei länger anhaltenden niedrigen Rohstoffpreisen Bestand haben dürfte. Beide Multis haben zudem neue Chefs, die ihr Unternehmen mit Kostensenkungen und Aktivverkäufen fit für die Zukunft trimmen.



Bank of England sorgt sich

Der Klimawandel beschäftigt auch die Bank of England. In einer Rede vor Vertretern der Versicherungsbranche warnte Mark Carney, der Gouverneur der britischen Notenbank, vor dem Platzen der CO₂-Blase. Damit ist gemeint, dass Investitionen in Öl-, Gas- und Kohlekonzerne stark an Wert einbüßen, wenn tatsächlich Massnahmen getroffen werden, um die Erderwärmung – wie von Klimawissenschaftlern vorgeschlagen – auf 2 Grad Celsius zu beschränken. Damit das erreicht werden kann, muss nämlich der Ausstoss des schädlichen Treibhausgases CO₂ stark reduziert werden. Das würde bedeuten, dass ein Grossteil der fossilen Ressourcen im Boden bleiben müsste und nicht zur Energieerzeugung verbrannt werden dürfte.

Gemäss Carney hat der Klimawandel das Zeug, die Stabilität des globalen Finanzsystems zu gefährden. Das könnte auf

drei möglichen Kanälen geschehen. Erstens könnten durch den Klimawandel ausgelöste Ereignisse wie Stürme oder Fluten zu grossen Schäden führen, die die Versicherungen über Gebühr belasten. Zweitens können Schadenersatzforderungen an diejenigen, die zu wenig gegen den Klimawandel tun, nicht ausgeschlossen werden. Drittens dürfte die Anpassung an eine CO₂-arme Wirtschaft zu einer erheblichen Abwertung von Vermögenswerten führen, die in Bezug zu fossilen Energien stehen.

Dass ein Notenbankgouverneur sich mit Klimawandel beschäftigt, mag überraschen. Carney ist aber Vorsitzender des Rats für Finanzstabilität (Financial Stability Board), der von der G-20, der Gruppe neunzehn wichtiger Länder und der EU, beauftragt wurde, den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Finanzstabilität zu untersuchen.

Citigroup ächtet die Kohle

Aufgrund der «gewaltigen Herausforderung der Bekämpfung des Klimawandels» reduziert die US-Grossbank Citigroup die Kreditvergabe an Kohleunternehmen. Das geht aus dem revidierten umwelt- und sozialpolitischen Rahmenwerk hervor, das das Finanzinstitut Anfang Oktober veröffentlichte. Darin ist zu lesen, dass die Bank das Kreditexposure zu Kohleförderern seit 2011 signifikant gesenkt hat und sich verpflichtet, diesen Trend fortzusetzen.

Neue Kredite an Kohleunternehmen müssen fortan von höchster Stelle bewilligt werden, wobei Kriterien wie Beachtung der Menschenrechte und Verpflichtung zu Wiederurbarmachung/Wiederherstellung von genutzten Landschaften zur Anwendung kommen. «Diese neue Politik reflektiert unser abnehmendes Exposure und unsere fortgesetzte Verpflichtung zum Manage-

ment von sozial- und umweltpolitischen Chancen und Risiken bei Transaktionen unserer Kunden», schreibt Citigroup.

Unter den fossilen Energieträgern – Öl, Gas und Kohle – trägt das schwarze Gestein am meisten zum Klimawandel bei. Weltweit sind gemäss Citigroup 43% der energiebezogenen CO₂-Emissionen auf Kohle zurückzuführen, obwohl sie nur 30% des Energieangebots verantwortet.

Citigroup ist nicht das einzige Unternehmen, das Kohle ächtet. Im Mai hatte Bank of America bekannt gegeben, das Exposure zu Kohle zu reduzieren. Im selben Monat stiess der Versicherer Axa Kohleaktiva im Wert von 500 Mio. € ab. Konkurrent Aviva warnte Kohleunternehmen kürzlich, er würde seine Kohlebeteiligungen verkaufen, wenn die Firmen nichts gegen den Klimawandel unternähmen. **MG**